

## Niederschrift

Gremium:	Haupt- und Finanzausschuss
Sitzung:	5. öffentliche/nicht-öffentliche Sitzung (HF/2009/005)
Sitzungsdatum:	Mittwoch, 25.02.2009
Sitzungsort:	großer Sitzungssaal des Rathauses, 1. Etage, Zimmer 137
Beginn der Sitzung: 18:00 Uhr	Ende der Sitzung: 23:20 Uhr

## Anwesend:

### **Vorsitzende(r)**

Büter, Felix

### **CDU**

Benölken, Franz  
Enning-Harmann, Rudolf

ab 19.00 Uhr

Vertretung für das ausgeschiedene Ausschussmitglied Franz-Josef Weuthen

Levi, Birgit  
Mensing, Robert  
Nünning, Manfred  
Schmeing, Aloys  
Tübing, Ferdinand

ab 18.30 Uhr

Vertretung für Herrn Bernhard Schnell ( ab 19.10 Uhr)

Vortkamp, Thomas  
Witte, Josef

### **SPD**

Dönnebrink, Andreas  
Fischer, Mathilde  
Lambers, Klaus

### **UWG**

Bruns-Schmeing, Annette  
Homann, Dieter  
Kersting, Hubert

Vertretung für Herrn Hubert Kersting (bis 18.30 Uhr)

ab 18.30 Uhr

### **Bündnis 90/Die Grünen**

Eisele, Dietmar

## **FDP**

Horst, Reinhard

## **Beratende Mitglieder gem. § 58 Abs. 1 Gemeindeordnung NRW**

Frankemölle, Norbert

## **Verwaltung**

Althoff, Hans-Georg

Büscher, Hermann

Klose, Alfred

Kühlkamp, Hermann

Leuker, Werner

Rose, Norbert

Tacke, Michael

## **es fehlen entschuldigt:**

## **CDU**

Haget, Bernhard

Schnell, Bernhard

## **Tagesordnung:**

### **A. Öffentliche Sitzung**

- 1 Genehmigung der Niederschrift über die 4. öffentliche Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Ahaus am 30.01.2008
  
- 2 Beratung des Haushaltsplanentwurfs mit Anlagen für das Jahr 2009

Bürgermeister Büter erläutert vor Einstieg in die Tagesordnung nochmals die Hintergründe für die Verlegung der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 29. Januar 2009 auf den 25. Februar 2009. Die zum ursprünglichen Sitzungstermin noch völlig unzureichenden Informationen über Umfang und Bewilligungskriterien der zusätzlichen Finanzmittel im Rahmen des Konjunkturpaketes II hätten eine Beratung und Beschlussfassung nicht zugelassen. Deshalb habe er sich nach Rücksprache mit allen Fraktionsvorsitzenden für eine Verschiebung der Beratung entschlossen.

---

### **A. Öffentliche Sitzung**

---

#### **1 Genehmigung der Niederschrift über die 4. öffentliche Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Ahaus am 30.01.2008**

---

Gegen die Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 30.01.2008 erhebt sich kein Widerspruch. Damit ist die Niederschrift genehmigt.

### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmiger Beschluss

## **2 Beratung des Haushaltsplanentwurfs mit Anlagen für das Jahr 2009**

---

Der Kämmerer und Erste Beigeordnete Althoff hat den Entwurf des Haushaltes 2009 in der Sitzung des Rates am 17. Dezember 2008 eingebracht. Der Entwurf der Haushaltssatzung 2009 mit seinen Anlagen liegt seit dem 22. Dezember 2008 bis zum Abschluss des Beratungsverfahrens im Rathaus öffentlich aus. Gleichzeitig steht er im Internet auf der Homepage der Stadt Ahaus [www.ahaus.de](http://www.ahaus.de) zur öffentlichen Einsichtnahme zur Verfügung. Einwendungen, die innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Beginn der Auslegung erhoben werden können, sind nicht eingegangen.

Bürgermeister Büter schlägt vor, zunächst über den Haushalt 2009 mit den nachträglichen Änderungen zu beraten und zu beschließen. Im Anschluss sollten die von der Verwaltung vorgeschlagenen Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Konjunkturpaket II vorgestellt, beraten und in einer eigenen Empfehlung an den Rat beschlossen werden.

Fraktionsvorsitzender Eisele schlägt hingegen vorab eine Beratung im Schul- und Kulturausschuss vor, da in den nächsten beiden Jahren jährliche Investitionen in Höhe von etwa 1.850.000 Euro in den Schwerpunkt Bildungsinfrastruktur vorgesehen seien. In der Ratssitzung am 18. März 2009 könne dann eine Beschlussfassung erfolgen.

Für die SPD-Fraktion erklärt Fraktionsvorsitzender Dönnebrink, dass der Haupt- und Finanzausschuss die Aufgabe habe, umfangreiche finanzielle Maßnahmen zu beraten. Insofern müssten die Vorschläge der Verwaltung sicherlich auch in diesem Ausschuss vorberaten werden.

Bürgermeister Büter lässt hierüber abstimmen.

### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmiger Beschluss

Damit wird zunächst über den geänderten Entwurf des Haushaltes 2009, im Anschluss über die Vorschläge der Verwaltung im Rahmen des Konjunkturpaketes II beraten.

Erster Beigeordneter Althoff erläutert zunächst die seit Einbringung des Haushaltes erfolgten wesentlichen Änderungen und verweist auf die Tischvorlage. Der Jugendhilfeausschuss hat in seiner Sitzung am 28. Januar 2009 die Bedarfsplanung der Tageseinrichtungen für Kinder für den Zeitraum 2009 bis 2013 beschlossen und dem Rat empfohlen, die entsprechenden Haushaltsmittel bereitzustellen. Insgesamt ergebe sich bei Berücksichtigung der eingeplanten Landesmittel für die Stadt ein Mehrbedarf von 129.500 Euro gegenüber dem im Dezember 2008 eingebrachten Entwurf des Haushaltes. Der Liquiditätsbestand im Gesamtfinanzplan wird um diesen Betrag geschmälert.

Verwaltungsvorstand Kühlkamp erläutert hierzu, dass die Bedarfplanung der Tageseinrichtungen für Kinder durch zwei in unterschiedliche Richtungen wirkende Entwicklungen gekennzeichnet sei: die Zahl der Kindergartenkinder in Ahaus gehe bis zum Jahr 2013 um ca. 200 Kinder zurück. Dem gegenüber steige jedoch die Zahl der Kindergartenkinder unter 3 Jahren. Die Versorgungsquote der Stadt Ahaus liege zurzeit bei durchschnittlich etwa 10%. Das Ausbauprogramm des Landes sehe bis 2013 eine Quote von 35% vor. Ergänzend solle es in NRW ab 2010 einen Rechtsanspruch für Kinder ab dem 2. Lebensjahr geben, ab 2013 sehe das Kinderförderungsgesetz sogar einen grundsätzlichen Rechtsanspruch für Kinder ab dem 1. Lebensjahr vor. Investitionskosten würden zwar zu 90% bezuschusst, so dass ein städtischer Anteil von 10% verbleibe; bei den Betriebskosten müssten allerdings die Kommunen den Hauptanteil tragen, so dass Verwaltungsvorstand Kühlkamp hier von einem weiteren Kostenanstieg in Höhe von mehreren 100.000 Euro ausgehe.

Der angemeldete Betreuungsbedarf für Kinder unter 3 Jahren sei in den Ortsteilen sehr unterschiedlich. Der Bedarf reiche von 2,3% in Alstätte bis zu 18,4% in der Kernstadt. Deshalb sei eine abgestimmte Ausbauplanung sinnvoll und notwendig. Verwaltungsvorstand Kühlkamp stellt dem Ausschuss vor diesem Hintergrund die in 2009 geplanten Einzelmaßnahmen vor. Insgesamt sind 9 Neu- und Anbaumaßnahmen mit einem Investitionsvolumen von 1,765 Mio. Euro vorgesehen.

---

#### Budget 01.07 Beschäftigtenvertretung/Gleichstellung von Mann und Frau

---

Fraktionsvorsitzender Homann (UWG-Fraktion) fragt nach den deutlich gestiegenen Personalaufwendungen im Budget Beschäftigtenvertretung/Gleichstellung von Mann und Frau ab 2009. Bürgermeister Büter erläutert, dass sich in Dienststellen mit 300 bis 600 Bediensteten ein Personalratsmitglied freistellen lassen darf. Bislang habe der Personalrat von dieser Möglichkeit keinen Gebrauch gemacht. Nach der letzten Personalratswahl 2008 habe der Personalrat jedoch um die Freistellung des Personalratsvorsitzenden gebeten. Deshalb seien die Gesamtpersonalkosten für diese Stelle jetzt im Budget 01.07 veranschlagt. Eine interne Leistungsverrechnung erfolge nicht.

---

#### Budget 02.03 Wahlen, Statistik und Schiedsamtswesen

---

Ausschussmitglied Lambers (SPD-Fraktion) erkundigt sich nach dem Nettomehraufwand für den in Folge des Urteils des Verfassungsgerichtshofes NRW nunmehr verkündeten dritten Wahltermin in diesem Jahr. Bürgermeister Büter erläutert, dass einschließlich der Personalaufwendungen ein Mehraufwand von 18.000 bis 20.000 Euro errechnet worden sei. Eine Unwägbarkeit bleibe jedoch im Hinblick auf die nicht mehr zu bestimmenden Wahlkostenerstattungen des Landes und Kreises für die zunächst vorgesehene Zusammenlegung von Europa- und Kommunalwahl im Vergleich zur Erstattung für zwei verschiedene Wahltermine.

---

#### Budget 03.01 Bereitstellung schulischer Einrichtungen und Leistungen

---

Fraktionsvorsitzender Dönnebrink beantragt für die SPD-Fraktion:

Der Haupt- und Finanzausschuss beauftragt die Verwaltung um Prüfung und Erstellung eines Konzeptvorschlages in Zusammenarbeit mit den Schulen zur Schaffung einer Möglichkeit eines kostenlosen Nachhilfeunterrichts für Kinder und Jugendliche. Die Verwaltung wird ferner um Prüfung gebeten, ob das Konzept der Ganztagschule schneller als bislang geplant, umgesetzt werden kann.

Verwaltungsvorstand Kühlkamp erläutert, dass die Stadt Ahaus und ihre Schulen momentan alle Programme und Angebote umsetzen, die bei Lernschwierigkeiten und Hausaufgabenhilfen über das Land NRW angeboten würden. Darüber hinaus seien gerade die unterschiedlichen Ganztags- und Betreuungsangebote ein ganzheitlicher und damit deutlich besserer Ansatz. Allein für die Sprachförderung zahle die Stadt bereits das Dreifache dessen, was das Land an Zuschüssen gewähre. Die Stadt als Schulträger bleibe dennoch ausschließlich für die äußeren Schulangelegenheiten zuständig. Darunter würden jedoch gerade keine Hausaufgabenhilfen und unterrichtsergänzenden Maßnahmen fallen. Dies bleibe eine innere Schulangelegenheit und falle damit in die Zuständigkeit des Landes.

Nach kurzer Beratung lässt Bürgermeister Büter über den Antrag abstimmen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

- 5 Ja-Stimmen
- 10 Nein-Stimmen

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Fraktionsvorsitzender Dönnebrink (SPD-Fraktion) verweist auf seinen Antrag aus 2008, in dem er die Erarbeitung eines Gesamtkonzeptes für die zukünftige Unterbringung der Stadtbücherei, der neuen Fachhochschule, der VHS und der Musikschule gebeten hatte. Insgesamt sei eine stadtnahe Unterbringung wünschenswert und für die Innenstadt belebend. Die jetzt anstehenden Überlegungen für eine Nutzungsänderung der Bernsmannkampfschule müssten sich in diesem Konzept sinnvoll wiederfinden.

Bürgermeister Büter und Verwaltungsvorstand Kühlkamp mahnen in diesem Zusammenhang an, zukünftige Leerstände in den Schulen vor dem Hintergrund des demographischen Wandels in diese Überlegungen mit einzubeziehen. Bürgermeister Büter schlägt nach eingehender Beratung vor, der Haupt- und Finanzausschuss möge die Verwaltung beauftragen, eine Gesamtdarstellung unter besonderer Berücksichtigung möglicher Standorte für die Stadtbücherei vorzulegen.

### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmiger Beschluss

### Budget 05.01 Soziale Leistungen

---

Fraktionsvorsitzender Homann beantragt für die UWG-Fraktion, den Familienpass in Ahaus mit Wirkung vom 1. April 2009 auf Familien mit 2 Kindern zu erweitern. Die Verwaltung werde ferner beauftragt, in enger Kooperation mit Ahaus Marketing & Touristik GmbH, dem Gewerbeverein, den Unternehmen des Öffentlichen Personennahverkehrs und den örtlichen Trägern von Ferienmaßnahmen weitere Vergünstigungen für den Familienpass zu erschließen und umzusetzen. Sie möge die notwendigen Haushaltsmittel ermitteln und im Haushalt 2009 bereitstellen.

Für die CDU erklärt Fraktionsvorsitzender Vortkamp, dass sich seine Fraktion ebenfalls mit dem Thema beschäftige. Zurzeit werde neben dem Familienpass die Ahaus-Card vorbereitet. Da sich jedoch die Anzahl der Berechtigten mit dem Antrag der UWG-Fraktion erheblich ausweitere, sollte die Verwaltung zunächst beauftragt werden, den Ist-Zustand und deren Bedingungen und Kosten darzulegen. Gleichzeitig sollten die zu erwartenden Gesamtkosten bei einer Ausweitung der Berechtigung für Familien mit 2 Kindern bei gleichzeitiger Ausweitung des Leistungsumfanges ermittelt werden. Schließlich müsse es auch einen echten Deckungsvorschlag geben.

Verwaltungsvorstand Kühlkamp weist zunächst darauf hin, dass im Gegensatz zur geltenden Regelung Familienpassinhaber im neuen Kombibad auch auf Einzeleintritte eine Ermäßigung bekämen. Die Verwaltung rechne allein dadurch mit erheblichen Mehrkosten. Verwaltungsvorstand Kühlkamp erläutert weiter, dass die Vergünstigungen des heutigen Familienpasses ausschließlich Leistungen städtischer Einrichtungen, des aktuellen Forums VHS, des Katholischen Bildungswerkes und des Zentrums für Gesundheit Ahaus – Gesundheit für Kind und Familie GFK - beinhalte. In der Erstbetrachtung der Erweiterung des Leistungsumfanges hätte er Zweifel, ob weitere Leistungsvergünstigungen im Öffentlichen Personennahverkehr, des Gewerbevereins oder der Wirtschaft umsetzbar seien. Insgesamt könne man bei den gewünschten Veränderungen von einer Verdreifachung der Kosten ausgehen. Die Auswertung werde zur nächsten Sitzung des Sozialausschusses vorbereitet.

Der Ausschuss bittet die Verwaltung ferner, im Rahmen der Prüfung zu ermitteln, welche Ersparnis sich im Durchschnitt für eine berechtigte Familie ergeben kann, wie viele Anspruchsberechtigte es gibt und wie viele Familien die Vergünstigungen des Familienpasses tatsächlich in Anspruch nehmen.

Bürgermeister Büter lässt über den Prüfauftrag abstimmen.

### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmiger Beschluss

#### Budget 06.01 Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen

---

Fraktionsvorsitzender Homann (UWG-Fraktion) beantragt, den Elternbeitrag für das dritte Kindergartenbesuchsjahr ab dem Kindergartenjahr 2009/2010 zu erlassen. Die Verwaltung werde beauftragt, die hierfür notwendigen Haushaltsmittel zu ermitteln und sie in diesem und den kommenden Haushaltsjahren bereitzustellenden.

Fraktionsvorsitzender Vorkamp erläutert, dass diese Zieldefinition allenfalls im Rahmen der mittelfristigen politischen Ziele beraten werden sollte. Die CDU-Fraktion könne den Vorschlag zum jetzigen Zeitpunkt nicht unterstützen, da die dafür erforderlichen zusätzlichen Finanzmittel der Stadt Ahaus das übergeordnete Ziel des kontinuierlichen Schuldenabbaus gefährden werde. Eine Lösung sei nur dann möglich, wenn sowohl der Bund als auch das Land NRW sich an einer Finanzierung hinreichend beteiligen würden.

Bürgermeister Büter bittet ebenfalls sehr eindringlich, das Ziel der Haushaltskonsolidierung bei allem Verständnis für familienunterstützende Maßnahmen keinesfalls aus dem Blick zu verlieren. Ansonsten sei der Haushaltsausgleich dauerhaft nicht zu gewährleisten.

Verwaltungsvorstand Kühlkamp erklärt, dass der Kreis und die Stadtjugendämter bereits mehrfach über dieses Thema beraten hätten und der Auffassung seien, dass eine kreiseinheitliche Verfahrensweise sinnvoll sei. Eine Lösung könne nur mit einer entsprechenden Beteiligung des Bundes und Landes NRW umgesetzt werden. Im Vergleich zu anderen Städten und Gemeinden habe die Stadt Ahaus bereits eine besonders familienfreundliche Geschwisterregelung. Allein die Mehrkosten bei der U3-Betreuung werde die Haushalte der nächsten Jahre sehr stark zusätzlich belasten.

Fraktionsvorsitzender Eisele (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) spricht sich ebenfalls für eine kreiseinheitliche Lösung und für eine bundes- und landespolitische Beteiligung aus. Erst danach ergäben sich kommunale Spielräume. Dabei sei es wünschenswert, die ganze Kindergartenzeit beitragsfrei stellen zu können.

Bürgermeister Büter lässt über den Antrag abstimmen.

### **Abstimmungsergebnis:**

5 Ja-Stimmen

11 Nein-Stimmen

Damit ist der Antrag abgelehnt.

#### Produktgruppe 06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

---

Fraktionsvorsitzender Dönnebrink (SPD-Fraktion) beantragt, die Verwaltung zu beauftragen, ein kommunales Förderkonzept für die in Ahaus angesiedelten Beratungsstellen zu erstellen.

Verwaltungsvorstand Kühlkamp gibt zu bedenken, dass die finanzielle Situation der Beratungsstellen in Ahaus mitunter sehr unterschiedlich sei. Zudem würden die Beratungsstellen in sehr unterschiedlichen Anteilen aus Mitteln des Bundes, der Länder, der Stadt, der beteiligten Wohlfahrtsverbände sowie weiterer kirchlicher und privater Träger finanziert. Der städtische Finanzierungsanteil sei insgesamt eher von untergeordneter Rolle. Es gebe Beratungsstellen, deren Finanzsituation sich gut darstelle, auf der Seite aber auch Stellen, die nach teilweisem Wegfall von öffentlichen Zuschüssen des Bundes und Landes NRW mit Engpässen zu kämpfen hätten. Daher könne die Stadt im Rahmen ihrer Möglichkeiten über einzelne Projekte beraten, nicht jedoch über ein undifferenziertes Förderkonzept für alle Beratungsstellen, unabhängig von deren finanzieller Ausgangslage.

Fraktionsvorsitzender Dönnebrink sagt zu, zunächst eine Liste der für den Antrag in Frage kommenden Beratungsstellen nachzureichen, bevor eine weitere Beratung erfolgen kann.

Bürgermeister Büter unterbricht die Sitzung auf Anregung des Ausschusses um 21.00 Uhr für eine kurze Pause. Um 21.08 Uhr wird die Beratung fortgesetzt.

#### Budget 06.02 Kinder- und Jugendarbeit

---

Fraktionsvorsitzender Vorkamp (CDU-Fraktion) beantragt unter Hinweis auf einen gleichlautenden Antrag der CDU-Fraktion im Kreistag, die Fördersätze in den Richtlinien zur Förderung der außerschulischen Jugendarbeit für die Bereiche Ferien-, Erlebnis- und Kurzfreizeiten sowie für die Ferienspiele und Familienfreizeiten von 2,60 Euro auf 3,30 Euro pro Tag und Teilnehmer anzuheben.

Die Fraktionsvorsitzenden Homann (UWG-Fraktion) und Dönnebrink (SPD-Fraktion) begrüßen den Antrag vorbehaltlos, wünschen aber auch hier die Ermittlung der zusätzlichen Kosten und einen Deckungsvorschlag.

Nach Auskunft des CDU-Fraktionsvorsitzenden Vorkamp sei die Kreisumlage im Haushaltsentwurf mit einem Hebesatz von 32,5% berechnet worden. Tatsächlich beschlossen hat der Kreis ein Hebesatz von 32,3%. Aus der hierdurch erzielten Einsparung könne die Erhöhung der Fördersätze gegenfinanziert werden.

Ausschussmitglied Kersting (UWG-Fraktion) regt in diesem Zusammenhang eine Überarbeitung der Satzung an, da die erforderliche Flexibilität bei der Gewährung von Förderungen insgesamt nach Erfahrungen insbesondere im Ortsteil Wüllen nicht hinreichend gegeben sei.

Bürgermeister Büter lässt über den Antrag abstimmen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmiger Beschluss

Damit ist der Antrag angenommen.

Ausschussmitglied Lambers (SPD-Fraktion) beantragt, die Verwaltung möge prüfen, inwieweit die Stadt im Rahmen eines Netzwerkes ein Frühwarnsystem für gefährdete Kinder und Jugendliche einführen kann.

Verwaltungsvorstand Kühlkamp führt aus, dass es richtig gewesen sei, im letzten Jahr nach einigen Todesfällen durch Kindesmissbrauch und -vernachlässigung in der Bundesrepublik nicht in Hysterie verfallen zu sein. Das Jugendamt plane bis Ende des Jahres ein schlüssiges Konzept in Zusammenarbeit mit dem Krankenhaus, Hebammen, Kinderärzten, Gynäkologen, Hausärzten, Beratungsstellen, Polizei und weiteren möglichen Beteiligten. Die Einzelgespräche würden gegenwärtig geführt. Bis Ende des Jahres könne im Jugendhilfeausschuss eine detaillierte Auswertung und ein Vorschlag für ein effektives Netzwerk vorgestellt werden.

Fraktionsvorsitzender Homann (UWG-Fraktion) bestätigt diese Darstellung aus seiner dienstlichen Tätigkeit bei der Familienberatungsstelle des Caritas-Verbandes Ahaus-Vreden und hält die gewählte Vorgehensweise für gut und konstruktiv.

#### Budget 09.01 Stadtentwicklungsplanung

---

Fraktionsvorsitzender Dönnebrink (SPD-Fraktion) stellt den Antrag, die Verwaltung zu beauftragen, ein Gesamtkonzept zu den Bereichen des ehemaligen Geländes van Delden, Sessbrügger / van Delden und des Berufsorientierungszentrums unter gleichzeitiger Einbeziehung des Geländes des alten Hallenbades und der ehemaligen Stadtwerke Ahaus GmbH zu erarbeiten und in den politische Gremien vorzustellen. Sollten zusätzliche Planungskosten

entstehen, so werde beantragt, hierfür 10.000 Euro einzustellen und dies im Nachtragshaushalt sicherzustellen.

Einen Antrag mit fast identischem Inhalt habe er bereits 2008 gestellt, dieser sei jedoch bislang nicht beantwortet worden. Bürgermeister Büter erklärt, dass gegenwärtig abschließende Gespräche mit der Miteigentümerin des ehemaligen Geländes der Baumwollspinnerei Gronau geführt würden. Sobald abschließende Ergebnisse vorlägen, würden sie im Ausschuss für Stadtentwicklung, Planen und Verkehr vorgestellt. Eine Zusammenlegung der Planungen mit dem Gelände des jetzigen Hallenbades und der Stadtwerke sei nicht ratsam, da dadurch private Konzepte möglicherweise außen vor blieben. Aus Sicht der Verwaltung gebe es im Übrigen zurzeit keine konkreten Planungen für das Hallenbadgelände. Diese würden vielmehr im Rahmen der Neufassung des Flächennutzungsplanes verfolgt.

Fraktionsvorsitzender Dönnebrink (SPD-Fraktion) erklärt, dass die Fraktionen grundsätzlich frühzeitiger in die Planungen involviert werden sollten. Dieser Auffassung schließt sich auch Fraktionsvorsitzender Homann (UWG-Fraktion) an.

Technischer Beigeordneter Tacke erklärt, dass viele Gesprächspartner in der offenen Verhandlungsphase zunächst um Diskretion bitten. Diesen Wunsch müsse man akzeptieren, um zu einem guten Verhandlungsergebnis gelangen zu können.

Bürgermeister Büter erwartet im Rahmen der Neuplanung des Flächennutzungsplanes in der zweiten Jahreshälfte hinreichend konkrete und belastbare Verhandlungsergebnisse, die dann den Fraktionen vorgestellt und erläutert werden können. Hiermit erklärt sich der Ausschuss einverstanden.

#### Budget 12.01 Öffentliche Verkehrsflächen

Fraktionsvorsitzender Homann (UWG-Fraktion) stellt den Antrag, die Verwaltung zu beauftragen, ein schlüssiges Gesamtkonzept für Maßnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit für die schwächeren Verkehrsteilnehmer sowie einen Zeitplan zur Umsetzung zu erstellen.

Erster Beigeordneter Althoff erläutert, dass der Arbeitskreis „Schulwegsicherung“ unter Beteiligung der Schulen, der Fachbereiche Sicherheit und Ordnung sowie Schule, Kultur und Sport, ferner der Kreispolizeibehörde eine Mängelanalyse und daraus folgernd eine Liste der erforderlichen Maßnahmen erstellt hat und gegenwärtig mit deren Umsetzung beschäftigt ist. Vordringliches Problem ist die Schülersicherheit am Busbahnhof. Die Ergebnisse werden dann im Ausschuss für Stadtentwicklung, Planen und Verkehr und im Schul- und Kulturausschuss vorgestellt werden. Im Rahmen dieses Projektes ist nach Darstellung des Verwaltungsvorstandes Kühkamp insbesondere die Schülerbeförderung wichtig. Die Stadt führe gegenwärtig Gespräche mit der Freiwilligenzentrale HANDFEST, um Möglichkeiten für einen ehrenamtlichen Buslotsendienst zu prüfen. Bürgermeister Büter ergänzt, dass auch der Generalverkehrsplan überarbeitet werden müsse. Dort habe die Verkehrssicherheit ein hohen Stellenwert. Bei den unterschiedlichen Beteiligten gebe es in Teilen jedoch sehr weit auseinander liegende Auffassungen. Auch hier benötige man, unter Berücksichtigung des hohen zusätzlichen Arbeitsaufwandes im Rahmen des Konjunkturpaketes II, ein wenig Zeit, um ein belastbares Ergebnis vorlegen zu können. Bis Mitte 2009 solle ein Ergebnis mitgeteilt werden.

Mit diesen Erläuterungen erklärt sich der Ausschuss einverstanden.

Fraktionsvorsitzender Dönnebrink (SPD-Fraktion) beantragt, die bereits bestehende Pflasterung der Parkplätze am Friedhof in Ahaus weiter auszubauen. Hintergrund seien große Wasserpfützen auf der nicht gepflasterten Parkfläche bei Schlechtwetterlagen. Bürgermeister Büter erklärt, dass die neu geschaffenen Pflasterflächen für den normalen Friedhofbesucherverkehr ausreichend seien. Beisetzungen mit einem hohen Verkehrsaufkommen würden dem Anspruch nicht gerecht. Hier müsse man über die Zielrichtung nachdenken. Fraktionsvorsitzender Dönnebrink hält es für unerlässlich, die lose, nicht sehr verdichtete Oberfläche



zu verbessern. Bürgermeister Büter sagt eine Prüfung und eine gegebenenfalls erforderliche höhere Verdichtung des Steinmaterials zu.

Fraktionsvorsitzender Vorkamp (CDU-Fraktion) beantragt, am Radweg an der Landstraße L 560 (Vredener Dyk) von der Straße Am Langen Kamp bis zur Skaterhalle des Ahauser Skater Vereins und von dort durch das Freizeitgelände bis zum neuen Kombibad eine ausreichende Straßenbeleuchtung sicherzustellen. Hiermit kann auch in den Wintermonaten ein ausreichend beleuchteter durchgängiger Radfahrverkehr zum neuen Kombibad sichergestellt werden. Der Antrag wird durch Ausschussmitglied Enning-Harmann (CDU-Fraktion) um eine weitere Beleuchtungsanforderung ergänzt. Die Beleuchtung an den Parkplätzen an der Josefikirche in Ahaus sei unzureichend und müsse dringend um einige Laternen ergänzt werden.

Hierüber lässt Bürgermeister Büter abstimmen.

### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmiger Beschluss

Damit ist der Antrag angenommen.

### **Budget 13.01 Öffentliches Grün**

---

Fraktionsvorsitzender Dönnebrink (SPD-Fraktion) weist darauf hin, dass im Haushaltsplan 2007 Mittel für einen asphaltierten Radweg vom Kreisverkehr an der L 560 Vredener Dyk, Raiffeisenstraße, Hoher Weg bis zum Kombibad vorgesehen waren. Für die CDU-Fraktion erklärt Fraktionsvorsitzender Vorkamp, dass der aus Richtung Wüllen dann beidseitig mögliche Radverkehr nicht zwingend zu mehr Sicherheit führe. Dies solle man bei der Entscheidung bedenken. Ausschussmitglied Mensing (CDU-Fraktion) hält es für wichtig, an dem jetzt bestehenden Radweg auf der dem Kombibad gegenüberliegenden Seite durch eine gute Beschilderung auf die Unterführung unter die L 560 in Höhe des Kombibades hinzuweisen. Damit sei eine verkehrssichere Querung möglich.

Nach Abschluss der Beratung lässt Bürgermeister Büter über den vorgelegten und beratenen Entwurf des Haushaltes 2009 in Fassung der beratenen und beschlossenen Veränderungen abstimmen.

### **Abstimmungsergebnis:**

10 Ja-Stimmen  
7 Enthaltungen

Weitere Veränderungen ergeben sich durch die von der Verwaltung vorgeschlagenen Maßnahmen im Rahmen des Konjunkturpaketes II.

Bürgermeister Büter erläutert zunächst, dass in den letzten Wochen zwar zahlreiche Präzisierungen und Konkretisierungen erfolgt seien, dennoch auch heute einige Fragen hinsichtlich der Fördervoraussetzungen und -bedingungen noch nicht hinreichend konkret benannt werden könnten. Zurzeit sei das Land damit beschäftigt, offene Fragen zu erörtern, um den Kommunen zeitnah detaillierte und konkrete Antworten geben zu können. Die Landesregierung habe sich dazu entschlossen, Mittel aus dem Konjunkturpaket im Weg der pauschalieren Zuwendung an die Kommunen weiter zu geben. Dies sei im Hinblick auf eine möglichst schnelle Wirksamkeit der Maßnahmen für die Wirtschaft der richtige Weg.

Insgesamt lägen die Schwerpunkte des Konjunkturpaketes II im Bereich der Investitionen mit den Schwerpunkten Bildungsinfrastruktur (Einrichtungen der frühkindlichen Infrastruktur, Schulinfrastruktur und Einrichtungen der Weiterbildung -insbesondere energetische Sanierung-) und der Infrastruktur (Städtebau -ohne Abwasser und ÖPNV-, kommunale Straßen -

beschränkt auf Lärmschutzmaßnahmen-, sonstige Infrastrukturinvestitionen). Die Verwaltung habe dem Ausschuss eine Liste der vorgesehenen Maßnahmen vorgelegt. Hierbei habe man sich insbesondere von der Zielsetzung leiten lassen, bei den Bildungseinrichtungen deutliche Energieeinsparungen zu erzielen. Die energetische Förderung der Schulinfrastruktur sei im Investitionsförderungsgesetz ausdrücklich erwähnt. Die vorgelegte Maßnahmenliste enthalte ausschließlich Projekte, die den heute bekannten Förderanforderungen entsprechen. Insgesamt müssten das Land NRW und die Kommunen jeweils einen Eigenanteil in Höhe von 12,5% aufbringen. Dieser Eigenanteil müsse nicht sofort zurückgezahlt werden, sondern könne durch Abschmelzung der Investitionspauschale ab 2012, verteilt auf einen Zeitraum von 10 Jahren, geleistet werden. Die vorgeschlagenen Maßnahmen können der Anlage 1 zu dieser Niederschrift entnommen werden.

Verwaltungsvorstand Kühlkamp erläutert zunächst die Investitionsmaßnahmen im Bereich der Bildungsinfrastruktur. Unter Hinweis auf die im Rahmen der Schulentwicklungsplanung beschlossene Aufgabe des Schulstandortes Bernsmannkampschule sei die Erweiterung der Aabachschule vorgesehen. Ferner schlage die Verwaltung vor, die freiwerdende Bernsmannkampschule für eine zukünftige Nutzung durch das aktuelle Forum Volkshochschule (VHS) und deren Geschäftsstelle umzubauen. Diese Überlegungen werden von der VHS ausdrücklich unterstützt. Eine gleichzeitige Nutzung durch die VHS und die Musikschule im Gebäude der jetzigen Bernsmannkampschule komme entgegen ursprünglichen Überlegungen nicht in Betracht. Dafür fehlten die notwendigen Flächen und aufgrund unterschiedlicher Kursteilnehmer und Unterrichtsinhalte scheide eine benachbarte bzw. gemeinsame Raumnutzung aus. Dies liege insbesondere an der natürlichen Geräuschbelastung durch den Musikschulunterricht. Deshalb sei man im Ergebnis der Auffassung, die Musikschule in die jetzige Geschäftsstelle der VHS am Schulzentrum Vestert zu verlagern. Die Größe und der Zuschnitt der vorhandenen Räume sei hierfür geeignet. Damit könnten Synergieeffekte zwischen Musikschule, dem Ganztagsbetrieb der Franziskussschule und dem im Schulzentrum untergebrachten Musikverein Ahaus erzielt werden. Gleichzeitig lasse sich die Mensa der Franziskussschule für Konzerte der Musikschule nutzen.

Die aufgeführten Sanierungsmaßnahmen an Schulen seien vorab im Rahmen der Schulleiterdienstbesprechung detailliert vorgestellt worden. Hier habe es nach Auskunft von Verwaltungsvorstand Kühlkamp eine ungeteilte Zustimmung gegeben.

Bürgermeister Büter merkt an, dass die im Rahmen des Investitionsschwerpunktes Infrastruktur vorgesehenen Mittel für den Wirtschaftswegeausbau noch nicht mit vollkommener Sicherheit den Fördervoraussetzungen entsprechen. Er hoffe, hierzu in der Ratssitzung am 18. März 2009 nähere Auskünfte geben zu können.

Bei den Mitteln für die Stadthalle sei die Frage einer technisch und unter wirtschaftlicher Betrachtung möglichen Sanierung noch nicht beantwortet. Insofern seien verschiedene Alternativen denkbar. Der hier vorgesehene Betrag decke allerdings keinesfalls die zu erwartenden Kosten. Der Bürgermeister werde alle Gremien frühzeitig einbinden, sobald verlässliche Informationen über den notwendigen Aufwand vorlägen.

Fraktionsvorsitzender Vorkamp (CDU-Fraktion) erläutert, dass das Thema im Rahmen der Klausursitzung sehr intensiv beraten worden sei. Man unterstütze die intensive Prüfung der erforderlichen Maßnahmen und schließe dabei, soweit nicht zu umgehen, auch einen Neubau nicht aus. Alle Optionen müssten bis zur Vorlage aussagekräftiger Entscheidungsunterlagen offen bleiben. Fraktionsvorsitzender Dönnebrink (SPD-Fraktion) und Homann (UWG-Fraktion) erklären ihre Zustimmung zu einer ergebnisoffenen Prüfung.

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erklärt Fraktionsvorsitzender Eisele, dass er sich einer möglichen Forderung nach einem Neubau nicht anschließen könne. Es gebe eine bereits beschlossene Sanierungsfolge. Danach müsse im nächsten Schritt die Licht- und Ton-technik saniert werden. Im Übrigen sollte man mögliche Alternativprojekte, wie zum Beispiel die Stadtbücherei, prüfen.

Abschließend erläutert Bürgermeister Büter, dass die Vergabekriterien des Landes zeitlich begrenzt verändert werden. Die Grenzbeträge für die unterschiedlichen Vergabeverfahren

werden deutlich angehoben. Daher schlage er dem Rat vor, dass er per Dienstanweisung die zeitlich befristeten Anpassungen zur beschränkten Ausschreibung in der Vergabeordnung vornehme. Freihändigen Vergaben mit höheren als den bislang geltenden Vergabesummen werde er nur als Ausnahme und im Einzelfall zustimmen.

An der Entscheidungskompetenz des Rates sollten keine Veränderungen vorgenommen werden. Möglicherweise könne es bei Dringlichkeitsentscheidungen eine zeitlich begrenzte Häufung geben.

Hierzu erklärt der Ausschuss sein Einverständnis.

Bürgermeister Büter schlägt dem Ausschuss nach intensiver Beratung folgende Beschlussfassung vor:

1. Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat, die in der anliegenden Liste aufgeführten Maßnahmen für das Konjunkturpaket II in den Haushalt 2009 und die Finanzplanung 2010 einzustellen mit der Maßgabe, dass die Ausführung nur dann erfolgen darf, wenn für die Finanzierung der geplanten zusätzlichen Maßnahmen Mittel aus dem Konjunkturpaket eingesetzt werden können.

2. Sollte sich herausstellen, dass für bestimmte Maßnahmen Mittel aus dem Konjunkturpaket II nicht eingesetzt werden können, wird die Verwaltung beauftragt, dafür dem Rat Alternativvorschläge zu unterbreiten, die dann über das Konjunkturpaket II finanziert werden können.

#### **Abstimmungsergebnis:**

16 Ja-Stimmen

1 Enthaltung

Unter Berücksichtigung der Beschlussfassungen im Rahmen der Beratung des Haushaltsplans 2009 sowie nach Einplanung der Maßnahmen zum Konjunkturpaket II empfiehlt der Haupt- und Finanzausschuss dem Rat die Annahme der Haushaltssatzung 2009 in folgender Fassung:

### **Haushaltssatzung der Stadt Ahaus für das Haushaltsjahr 2009**

---

Aufgrund der §§ 78 ff. der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV. NRW. S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24.06.2008 (GV. NRW. S. 514), hat der Rat der Stadt Ahaus mit Beschluss vom \_\_\_\_\_ folgende Haushaltssatzung erlassen:

#### § 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2009, der die für die Erfüllung der Aufgaben der Stadt Ahaus voraussichtlich anfallenden Erträge und entstehenden Aufwendungen sowie eingehenden Einzahlungen und zu leistenden Auszahlungen und notwendigen Verpflichtungsermächtigungen enthält, wird

im **Ergebnisplan** mit

Gesamtbetrag der Erträge auf

69.914.717 EUR

Gesamtbetrag der Aufwendungen auf 72.595.221 EUR  
im **Finanzplan** mit

Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender  
Verwaltungstätigkeit auf 64.680.327 EUR

Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender  
Verwaltungstätigkeit auf 62.379.122 EUR

Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit  
und der Finanzierungstätigkeit auf 12.673.290 EUR

Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit  
und der Finanzierungstätigkeit auf 24.932.903 EUR  
festgesetzt.

## § 2

Der **Gesamtbetrag der Kredite**, deren Aufnahme für Investitionen  
erforderlich ist, wird auf 820.000 EUR  
festgesetzt.

## § 3

Der **Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen**, der zur  
Leistung von Investitionsauszahlungen in künftigen Jahren  
erforderlich ist, wird auf 4.761.000 EUR  
festgesetzt.

## § 4

Die **Verringerung der Ausgleichsrücklage** zum Ausgleich des  
Ergebnisplans wird auf 2.680.504 EUR  
und die **Verringerung der allgemeinen Rücklage** zum Ausgleich des  
Ergebnisplans wird auf 0 EUR  
festgesetzt.

## § 5

Der **Höchstbetrag der Kredite**, die zur Liquiditätssicherung in  
Anspruch genommen werden dürfen wird auf 3.000.000 EUR  
festgesetzt.

## § 6

Die **Steuersätze für die Gemeindesteuern** werden für das Haushaltsjahr 2009 wie folgt  
festgesetzt:

1. Grundsteuer
- 1.1 für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe  
(Grundsteuer A) auf 192 v.H.
- 1.2 für die Grundstücke (Grundsteuer B) auf 381 v.H.
2. Gewerbesteuer auf 403 v.H.

## § 7

(Haushaltssicherungskonzept) entfällt

## § 8

Die Zuständigkeit des Stadtkämmerers für die Genehmigung von überplanmäßigen und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen gemäß § 83 GO NRW wird wie folgt festgelegt:

1. im Einzelfall bis 15.000 EUR,
2. bei Aufwendungen und Auszahlungen, die auf gesetzlicher oder vertraglicher Grundlage beruhen, bis 50.000 EUR,
3. bei Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen sowie Aufwendungen die sich auf den Jahresabschluss beziehen, in unbegrenzter Höhe.

Bei Überschreitung der Beträge zu Nr. 1 und 2 ist die vorherige Zustimmung des Rates erforderlich.

Für die Genehmigung von überplanmäßigen und außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigungen gemäß § 85 GO NRW gilt diese Regelung entsprechend.

gez. Felix Büter  
(Vorsitzender)

gez. Werner Leuker  
(Schriftführer)